

Beschlussempfehlung

Hannover, den 18.09.2024

Ausschuss für Haushalt und Finanzen

Antworten der Landesregierung auf Beschlüsse des Landtages zu den Haushaltsrechnungen für die Haushaltsjahre 2014 bis 2021

Drs. 17/6664, Drs. 18/436, 18/4949, 18/7601, 18/9924, 18/11763, 19/2563

(Es ist keine Berichterstattung vorgesehen.)

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die aus dem **anliegenden Bericht** des Ausschusses für Haushalt und Finanzen ersichtlichen Feststellungen und Bemerkungen zu beachten und dem Landtag zu den dort genannten Zeitpunkten zu berichten.

Dr. h. c. Björn Thümler
Vorsitzender

Anlage

Bericht
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen**I. Haushaltsrechnungen für die Haushaltsjahre 2014 bis 2021**

Im Anschluss an seinen Bericht in der Drucksache 19/2479, den sich der Landtag in seiner 22. Sitzung am 11.10.2023 durch Beschluss zu eigen gemacht hat (siehe Drucksache 19/2564), stellt der Ausschuss für Haushalt und Finanzen fest, dass mit den Antworten der Landesregierung auf Beschlüsse des Landtages zu den Haushaltsrechnungen für die Haushaltsjahre bis einschließlich 2021 alle Beiträge mit Ausnahme der unter II. genannten aus der Sicht des Landtages erledigt sind.

II. Offene Punkte:**1. Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2015**

Antrag der Landesregierung - Drs. 17/7170

Zur Kasse bitte: Überhöhte Sachkostenanteile bei Finanzhilfen für Schulen in freier Trägerschaft

Beschluss des Landtages vom 11.10.2023 - Drs. 19/2564 II Nr. 2

Antwort der Landesregierung vom 16.05.2024 - Drs. 19/4336

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen nimmt zur Kenntnis, dass der Arbeitskreis Finanzhilfe weiterhin an der Entwicklung eines transparenten Berechnungssystems der Finanzhilfe arbeitet und begrüßt die Einbeziehung des Landesrechnungshofs.

Er betrachtet die Antwort der Landesregierung erneut als Zwischenergebnis und erwartet, bis zum 31.05.2025 abschließend über die neuen Berechnungsparameter für die Finanzhilfe sowie die schulaufsichtlichen Änderungen im NSchG informiert zu werden.

2. Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2017

Antrag der Landesregierung - Drs. 18/2440

Vorzeitiger Ruhestand: Frühzeitige Evaluation ist geboten

Beschluss des Landtages vom 11.10.2023 - Drs. 19/2564 II Nr. 3

Antwort der Landesregierung vom 19.10.2023 - Drs. 19/2660

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

Er begrüßt die Ankündigung des Landesrechnungshofs, sich mit den Ergebnissen des Evaluationsberichts intensiv auseinanderzusetzen und etwaige offene Aspekte in seinen Prüfungen weiterzuverfolgen.

3. Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2018

Antrag der Landesregierung - Drs. 18/5400 neu

a) Verpflegung von Gefangenen - Nachbesserungen in der Konzeption erforderlich

Beschluss des Landtages vom 11.10.2023 - Drs. 19/2564 II Nr. 4 b

Antwort der Landesregierung vom 07.05.2024 - Drs. 19/4286

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen nimmt den Zwischenbericht der Landesregierung zur Kenntnis. Er fordert die Landesregierung auf, ihm über das Ergebnis der Evaluation bis zum 30.06.2025 zu berichten.

b) Land begünstigt großen Konzern beim Bau einer beweglichen Verladerrampe

Beschluss des Landtages vom 11.10.2023 - Drs. 19/2564 II Nr. 4 c

Der Landtag bestätigt die bestehende Frist und erwartet den Bericht der Landesregierung bis zum 31.03.2026.

4. Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2019

Antrag der Landesregierung - Drs. 18/8180

a) Unwirtschaftlicher Parallelbetrieb verschiedener eAkte-Systeme

Beschluss des Landtages vom 11.10.2023 - Drs. 19/2564 II Nr. 5 b

Antwort der Landesregierung vom 05.12.2023 - Drs. 19/3063

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen nimmt den Zwischenbericht der Landesregierung zur Kenntnis.

Der Ausschuss erwartet, dass die Landesregierung die technische Migration des Produktes eGov-Suite in die VIS-Suite bis Ende des Jahres 2024 abschließt.

Weiterhin geht der Ausschuss davon aus, dass ein Parallelbetrieb verschiedener eAkte-Systeme bis Ende 2024 vollständig eingestellt wird.

Über das Veranlasste ist dem Landtag bis zum 30.06.2025 zu berichten.

b) Pensionslasten der Landwirtschaftskammer Niedersachsen - Herausforderungen ungelöst

Beschluss des Landtages vom 11.10.2023 - Drs. 19/2564 II Nr. 5 d

Antwort der Landesregierung vom 02.04.2024 - Drs. 19/3921

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen nimmt zur Kenntnis, dass die beteiligten Akteure eine Regelung für eine Verteilung und Abrechnung der Pensionslasten entwickelt haben, eine Einigung über die Höhe der prozentualen Beteiligung des Landes an den Pensionslasten von Beamtinnen und Beamten mit Ruhestandseintritt bis zum 31.12.2017 aber noch nicht erzielt werden konnte.

Der Ausschuss erwartet den Bericht hierüber zum 30.06.2025.

c) Landesmusikakademie Wolfenbüttel: Missklang statt Harmonie

Beschluss des Landtages vom 11.10.2023 - Drs. 19/2564 II Nr. 5 i

Antwort der Landesregierung vom 07.03.2024 - Drs. 19/3696

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen nimmt die Antwort der Landesregierung vom 07.03.2024 zur Kenntnis.

Die Landesregierung teilte mit, dass sie zusammen mit dem Landesmusikrat und der Landesmusikakademie den begonnenen Strukturprozess fortführe. Ein Abschluss dieses Prozesses, der letztlich auch zur Aufgabeklä rung dienen solle, wird voraussichtlich zum 30.09.2025 erfolgen.

Aktuell gebe es Gespräche zwischen dem MWK, der Stadt Wolfenbüttel und der Landesmusikakademie, um die Nutzung von Akademiegebäude und Jugendgästehaus abzusichern. Auch die Frage der Bauunterhaltung solle geklärt werden. Für diesen Zweck sei bereits eine dauerhafte Aufstockung der Landesförderung erfolgt. Insgesamt solle erreicht werden, die finanziellen Risiken der Beteiligten zu minimieren.

Der Ausschuss kritisiert zusammen mit dem Landesrechnungshof, dass die Strukturüberlegungen von Landesmusikrat und Landesmusikakademie mehrere Jahre diskutiert wurden, ein Ergebnis jedoch noch nicht vorliegt. Das Ergebnis soll Klarheit darüber schaffen, welche Ziele und Maßnahmen mit den institutionellen Förderungen langfristig erreicht bzw. umgesetzt werden sollen.

Er begrüßt, dass nunmehr konkrete Verhandlungen über die offenen Punkte in Bezug auf den Betrieb der Landesmusikakademie stattfinden. Entsprechende Gespräche in den letzten Jahren waren allerdings stets ergebnislos geblieben.

Daher erwartet der Ausschuss für Haushalt und Finanzen nunmehr, dass die Landesregierung alle Bemühungen unternimmt, dass im kommenden Jahr sowohl der Abschluss des Strukturprozesses erfolgt als auch die erforderlichen Schritte für die Finanzierungs- sowie Vertragssicherheit der Landesmusikakademie jeweils bis zum 30.09.2025 umgesetzt werden.

Über das Veranlasste ist dem Landtag bis zum 01.11.2025 zu berichten.

5. Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2020

Antrag der Landesregierung - Drs. 18/10445

a) Digitalisierung von Zuwendungsverfahren vorantreiben

Beschluss des Landtages vom 11.10.2023 - Drs. 19/2564 II Nr. 6 b

Der Landtag bestätigt die bestehende Frist und erwartet den Bericht der Landesregierung bis zum 31.12.2024.

b) Herzog Anton Ulrich-Museum: Komplexe und technisch anspruchsvolle Ersteinrichtungen gehören in kompetente Hände

Beschluss des Landtages vom 11.10.2023 - Drs. 19/2564 II Nr. 6 i

Antwort der Landesregierung vom 15.02.2024 - Drs. 19/3561

Bei der Antwort der Landesregierung vom 15.02.2024 - Drs. 19/3561 - handelt es sich um einen Zwischenbericht. Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen erwartet den abschließenden Bericht der Landesregierung bis zum 31.05.2028.

c) Förderung der Kindertagesbetreuung bündeln und vereinfachen

Beschluss des Landtages vom 11.10.2023 - Drs. 19/2564 II Nr. 6 n

Antwort der Landesregierung vom 28.11.2023 - Drs. 19/2988

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen nimmt die Antwort der Landesregierung zur Kenntnis, in der sie darauf verweist, dass bei der Vereinfachung des komplexen Finanzierungssystems die Auswirkungen auf die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe sowie die öffentlichen und freien Träger der Kindertagesstätten zu überprüfen sind.

Der Ausschuss erwartet, dass die Landesregierung darlegt, welche konkreten Schritte sie hierzu eingeleitet hat.

Über das Veranlasste ist dem Landtag bis zum 31.03.2025 zu berichten.

d) Schloss Marienburg - Land und Bund zahlen die Sanierung

Beschluss des Landtages vom 11.10.2023 - Drs. 19/2564 II Nr. 6 o

Antwort der Landesregierung vom 07.03.2024 - Drs. 19/3697

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen nimmt die Antwort der Landesregierung vom 07.03.2024 zur Kenntnis.

Die Landesregierung teilte mit, dass der Museumsbetrieb von Schloss Marienburg eingestellt werden musste. Die Stiftung Schloss Marienburg und die Pächter-Gesellschaft haben den Pachtvertrag inzwischen aufgelöst. Durch die Schließung des Museums fließen daher keine Pachteinnahmen mehr, aus denen auch die museumsfachlichen Aufgaben sowie die erforderliche Restaurierung der landeseigenen Kunstwerke finanziert werden könnten. Erst nach Wiedereröffnung des Museums käme für das Landesmuseum Hannover ein angemessener Teil der Einnahmen zur Erfüllung der vorstehenden Aufgaben in Betracht.

Das Thema Marienburg beschäftigte seitdem auch weiterhin die Medien, die Öffentlichkeit sowie die parlamentarische Ausschussarbeit. Die 2019 umgesetzte Gesamtlösung aus Stiftung, Pächter und Landesmuseum funktioniert zumindest bis auf Weiteres nicht mehr. Die Stiftung arbeite nach Aussage der Landesregierung daher derzeit daran, ihre laufenden Kosten auf andere Weise zu erwirtschaften. Das Landesmuseum wäre bereit, eine Interimsausstellung in den nicht von der Schließung betroffenen Räumen zu ermöglichen.

Der Ausschuss bedauert mit dem Landesrechnungshof, dass die finanziellen Risiken für den museumsfachlichen Betrieb erst in einigen Jahren ausgeräumt werden können, wenn die Sanierung des Schlosses die umfassende Wiedereröffnung des Museums zulässt.

Er erwartet vom Land, dafür zu sorgen, dass

- das Landesmuseum im Gegenzug für das Erbringen museumsfachlicher Leistungen an etwaigen Einnahmen aus dem Verkauf von Museumstickets angemessen beteiligt wird,
- die vom Landesmuseum dafür eingesetzten Aufwendungen im verhältnismäßigen Rahmen bleiben und diese nicht zulasten der sonstigen Aufgaben des Landesmuseums gehen.

Schließlich erwartet der Ausschuss, dass die Landesregierung beim Zuwendungsgeber Bund und bei der Bauherrin Stiftung Schloss Marienburg intensiv darauf hinwirkt, die zur Verfügung stehenden Fördermittel schnellstmöglich für den tatsächlichen Beginn der Sanierung des Schlosses einzusetzen, um die Voraussetzungen für eine unverzügliche Wiedereröffnung des Museums zu gewährleisten.

Über das Veranlasste ist dem Landtag bis zum 31.03.2025 zu berichten.

6. Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2021

Antrag der Landesregierung - Drs. 19/162

a) Mobile Impfteams - geringe Auslastung und hohe Kosten

Beschluss des Landtages vom 11.10.2023 - Drs. 19/2563, Nr. 2

Der Landtag erwartet den Bericht der Landesregierung bis zum 31.12.2025.

b) Auflösung des Landesbetriebs für Landesvermessung und Geobasisinformation?

Beschluss des Landtages vom 11.10.2023 - Drs. 19/2563, Nr. 10

Der Landtag bestätigt die bestehende Frist und erwartet den Bericht der Landesregierung bis zum 31.12.2024.

c) Reduzierung der Standorte des Landesamts für Geoinformation und Landesvermessung

Beschluss des Landtages vom 11.10.2023 - Drs. 19/2563, Nr. 11

Der Landtag bestätigt die bestehende Frist und erwartet den Bericht der Landesregierung bis zum 31.12.2024.

- d) Mangelnde Steuerung und Einnahmeausfälle durch Open Data beim Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung**
Beschluss des Landtages vom 11.10.2023 - Drs. 19/2563, Nr. 12
Der Landtag bestätigt die bestehende Frist und erwartet den Bericht der Landesregierung bis zum 31.12.2024.
- e) Justiz - effizienter verwalten**
Beschluss des Landtages vom 11.10.2023 - Drs. 19/2563, Nr. 13
Der Landtag bestätigt die bestehende Frist und erwartet den Bericht der Landesregierung bis zum 31.12.2024.
- f) Digitalisierung - aber alles bleibt wie es schon immer war?**
Beschluss des Landtages vom 11.10.2023 - Drs. 19/2563, Nr. 14
Der Landtag bestätigt die bestehende Frist und erwartet den Bericht der Landesregierung bis zum 31.12.2024.
- g) Reform der Bauverwaltung - Zeit für Veränderungen**
Beschluss des Landtages vom 11.10.2023 - Drs. 19/2563, Nr. 20
Antworten der Landesregierung vom 06.12.2023 - Drs. 19/3074 und vom 13.06.2024 - Drs. 19/4611
Der Ausschuss nimmt den Zwischenbericht der Landesregierung zur Kenntnis und erwartet das endgültige Ergebnis bis zum 31.05.2025.
- h) Klimaschutz und Nachhaltigkeit im Landesbau**
Beschluss des Landtages vom 11.10.2023 - Drs. 19/2563, Nr. 22
Antwort der Landesregierung vom 06.12.2023 - Drs. 19/3076
Der Ausschuss teilt die Auffassung des Landesrechnungshofs, dass es sich bei der Antwort der Landesregierung um einen Zwischenbericht handelt. Die Erläuterungen in der Drucksache 19/3076 geben aufgrund zwischenzeitlich gewonnener Erkenntnisse nicht mehr den aktuellen Sachstand wieder. Der Ausschuss erwartet einen erneuten Bericht bis zum 31.03.2025.
- i) Photovoltaik-Offensive - mehr Dynamik erforderlich**
Beschluss des Landtages vom 11.10.2023 - Drs. 19/2563, Nr. 23
Antwort der Landesregierung vom 06.12.2023 - Drs. 19/3077
Der Ausschuss nimmt die Antwort der Landesregierung zur Kenntnis. Er fordert die Landesregierung auf, ihm in geeigneter Weise regelmäßig jährlich zum 31.03. über den Ausbau von landeseigenen Dächern mit PV -Anlagen zu berichten.
- j) Fehlerhafte Förderung von Pflegeeinrichtungen - und dies seit Jahren**
Beschluss des Landtages vom 11.10.2023 - Drs. 19/2563, Nr. 32
Der Landtag bestätigt die bestehende Frist und erwartet den Bericht der Landesregierung bis zum 30.03.2025.

(Verteilt am 19.09.2024)